

(Abgeordneter Hettner.)

(A) Spieß hat sich ganz besonders gegen den Herrn Abgeordneten Brodau wegen seiner Kritisierung von Richtersprüchen gewendet. Ich habe gar keinen Beruf, den Herrn Abgeordneten Brodau hier zu verteidigen, aber ich möchte nur an das erinnern, was der Herr Abgeordnete Schmidt neulich in diesem Hause gesagt hat, ob das nicht eine viel schärfere Kritik an dem Richterstande gewesen ist. Also mit der unbedingten Wahrung der Autorität ist es auch zweifelhaft, wenn es Ihnen anders besser paßt. Ich möchte noch einmal an das erinnern, weil es vor vielen Jahren geschehen ist, was einst im konservativen „Waterland“ gestanden hat.

Wenn aber alles das, was angeführt wird, hinfällig ist und augenfällig hinfällig ist, was sollte denn dann überhaupt der Vorstoß, der auf dem Preußentage, auf der Versammlung des Bundes der Landwirte, insbesondere vom Grafen Yorck, gemacht worden ist? Dieser ganze Vorstoß bezweckte doch nichts anderes als ein mit dem Geiste der Reichsverfassung vollständig unvereinbares Bestreben, dem Konservativismus, der im preußischen Parlament seinen Hochsitz hat, auch für das Reich einen weit größeren Einfluß zu sichern, als er gegenwärtig dort hat, er bedeutet durchaus nichts anderes als einen, wie ich neulich festgestellt habe, von Bismarck selbst auf das äußerste verurteilten parlamentarischen

(B) Partikularismus. Im preußischen Herrenhause wurde ausdrücklich das Übergreifen Preußens auf Gebiete verlangt, die dem Reich zustehen.

Ich kann mit denselben Worten wie der Herr Vizepräsident Opitz schließen, wenn ich sie auch etwas anders verstehe: Den Einzelstaaten, was den Einzelstaaten ist, dem Reiche aber, was des Reiches ist!

(Beifall in der Mitte.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Vizepräsident Opitz.

Vizepräsident Opitz: Meine* geehrten Herren! Ich habe ja lange mit mir geschwankt, ob ich überhaupt Veranlassung nehmen soll, in der heutigen Debatte zu dem Kap. 106 des Staatshaushalts-Etats noch einmal das Wort zu ergreifen. Denn wenn wir die Debatte darüber überblicken, so wird kaum jemand behaupten wollen, daß sie im wesentlichen, wenigstens in den heutigen Reden, neue Gesichtspunkte zutage gefördert hätte. Neu und abweichend von der letzten Debatte ist höchstens der Umstand, daß die Ausfälle gegen die konservative Partei bei der heutigen Debatte fast noch zahlreicher und heftiger gewesen sind und noch mehr von allen Seiten des Hauses erhoben worden sind als vor einigen Tagen.

* Ohne Korrektur des Redners gedruckt.

Nun frage ich mich allerdings, und ich glaube, vollständig mit Recht, ob man wohl tut und es vor dem Lande verantworten kann, wenn ungemein wichtige Aufgaben, die zu lösen wir berufen sind und von deren richtiger Lösung das Wohl und Wehe des Landes mehr oder weniger abhängt; ich frage mich mit Recht, ob man wohl daran tut, anstatt sich der praktischen und objektiven Behandlung der Fragen zuzuwenden, den Kampf fortwährend zu erneuern und zu verschärfen, namentlich zwischen den bürgerlichen Parteien. Von diesem Standpunkte aus wäre ich tatsächlich viel mehr, als es meiner Natur entspricht, bereit, jedes Wort der Polemik zu unterdrücken. Aber ich frage mich vergeblich, wie ich nach den Ausführungen der letzten Herren Redner dazu imstande sein könnte. Trotzdem wird diese Erwägung einen gewissen Einfluß auf meine Darlegungen haben. Aber er wird sich dadurch geltend machen, daß ich mir für meine Person und von seiten unserer Partei ein Urteil über die Leistungen und Reden der Herren von der nationalliberalen Seite, namentlich über die Vermögenszuwachssteuer, erspare und gegen das, was von national-liberaler Seite vorgebracht worden ist, nur die eigentlichen Stimmen, die Stimmen des Nationalliberalismus selbst, ins Feld führe, und ich glaube, die werden Sie nicht übelnehmen.

Von diesem Standpunkte aus komme ich zur Vermögenszuwachssteuer, die ja den Ausgangspunkt für die ganze (D) Debatte gegeben hat und die von liberaler Seite mit großer Entschiedenheit dazu benutzt worden ist, schwerwiegende Vorwürfe sowohl gegen die Regierung als auch erneut und immer wieder auch gegen die konservative Partei zu richten. Man müßte doch aus einem solchen Vorgehen darauf schließen, daß die nationalliberale Partei voll und fest von der Überzeugung durchdrungen ist, daß in Gestalt der Reichsvermögenszuwachssteuer schlechterdings nur das Richtige, ja das einzig Richtige und nach allen Richtungen hin zu Billigende getroffen sei.

(Abgeordneter Hettner: Das haben wir gar nicht gesagt!)

Im anderen Falle, Herr Kollege Hettner, ist es mir schwer, die schweren Vorwürfe zu verstehen, die aus Anlaß gerade dieser Steuer gegen uns und die Regierung gerichtet worden sind; das werden Sie wohl zugeben.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, mir das Vorlesen einiger Auslassungen zu gestatten, und zwar diesmal vielleicht etwas umfangreicher, als ich es sonst zu tun gewöhnt bin.

(Präsident: Wird gestattet.)

Da sind es zunächst die rheinischen Nationalliberalen gewesen, die auf ihrer Tagung von Mitte April 1913 eine Entschlieung angenommen haben, in der es u. a. zu der Vermögenszuwachssteuer folgendermaßen heißt: